

Herbe Kritik an betrieblichen Ermittlungsorganisationen- aus einer eher unerwarteten Ecke

Hochrangiger NRW-Beamter spricht „Firmenkripo“ Kompetenz ab

Deutschlands betriebliche Ermittlungsabteilungen müssen seit Anbeginn mit kritischen Stimmen leben. Ebenso wie die Polizei und, stärker noch, andere Sicherheitsbehörden. In der Regel waren die Anwürfe wenig sachlich und zumeist außerparlamentarisch-ideologisch gefärbt. Eine Zeitlang war es ruhig um diese Thematik. Doch jetzt kommt überraschenderweise herbe Kritik aus einem Bereich, der nicht gerade zu den „üblichen Verdächtigen“ zählt. Aus den Reihen des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) und dessen publizistischem Flaggschiff „der kriminalist“. Ein hochrangiger Beamter stellt in dem Periodikum die Kompetenz der „Firmenkripo“ in Frage.

Schade eigentlich, denn das betriebliche Ermittlungswesen hat unbestritten einen nicht zu vernachlässigenden Anteil daran, dass den ständig wachsenden Bedrohungspotenzialen, die auf unser Land auf all seinen Ebenen zielen, begegnet werden kann. Ein Beispiel: Die kritischen Infrastrukturen sind zur Mehrzahl in privaten Händen. Sie zu schützen, kann nur eine gemeinsame Aufgabe sein. Nicht erst seit gestern



Betriebliche Ermittlungen setzen eine ganzheitliche Betrachtung voraus. Aus einer Teilperspektive lässt sich die komplexe Thematik kaum betrachten. Foto: pixelio/Christina Wolfs

gilt daher im gesamten Spektrum des Unternehmensschutzes der Grundsatz: Nur kooperativ können Wirtschaft und Sicherheitsbehörden mit abgestimmten Maßnahmen alten und neuen Risiken entgegenreten. Jede Zersplitterung, jedes Kommunikationsproblem, jedes Kompetenzgerangel wäre de facto eine Hilfestellung für die zunehmende Schar der Angreifer und Gefährder.

Doch nun ein detail zur oben genannten Kritik. In der renommierten Fachzeitschrift „der kriminalist“

(Ausgabe 01/2008, Meinungsforum, S. 19ff.) hat Rolf Rainer Jaeger einen überaus kritischen Beitrag mit der kennzeichnenden Überschrift „Problematik privater Ermittlungsorganisationen im Unternehmen“ veröffentlicht. Bereits im Vorspann schreibt er: „Viele bedeutende deutsche Unternehmen leisten sich nicht nur einen privaten Sicherheitsdienst, um Zugangskontrollen und Objektschutz zu gewährleisten. Sie haben ergänzend eine Art von Firmenkripo mit eigenen, sehr weit reichenden Ermittlungskompetenzen im Unter-



Die zivilrechtlich korrekte Vereinbarung (es muss ja nicht per Handschlag sein) ist eine legitime Form, die Verfehlungen von Mitarbeitern zu sanktionieren. Es bedarf also nicht zwingend der strafrechtlichen Würdigung. Foto: aboutpixel/Rainer Sturm

nehmen aufgebaut. Solche Teile der Sicherheitsorganisation von Unternehmen wurden häufig mit pensionierten oder ehemaligen Polizeibeamten mit und ohne Ermittlungserfahrung besetzt. Alternativ werden private Ermittler beauftragt, die sich auf diese Aufgabe spezialisiert haben und ihre unterschiedlichen Ermittlungsdienstleistungen anbieten.“

Und weiter: „Die privaten Ermittlungsorganisationen arbeiten nicht auf der Basis der Ermächtigungsnormen der Strafprozessordnung. Sie orientieren sich oft nicht an Datenschutzgesetzen, sondern nutzen ihre Kompetenzen im Betrieb, um ihre Fälle einer möglichst schnellen Lösung zuzuführen. Dabei steht nicht etwa die Gerechtigkeit oder gar die Überführung der Erkenntnisse in ein normales strafrechtliches Ermittlungsverfahren

bei strafrechtlich relevanten Sachverhalten im Vordergrund, sondern primär das Firmeninteresse getreu dem Motto ‚des Brot ich ess‘, des Lied ich sing“. Daraus ergeben sich vielfältige, selten offen diskutierte Problemstellungen.“

Wir wollen beileibe Rolf Rainer Jaeger keine unlauteren Motive unterstellen, wenn er derart wertet. Die Möglichkeit der Kritik gehört ganz sicher zu den besten demokratischen Werten.

Doch der Autor ist nicht irgendein Kritiker und auch keineswegs jemand, der sich nur gelegentlich artikuliert. Rolf Rainer Jaeger ist vielmehr Leitender Kriminaldirektor in Düsseldorf, stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter und außerdem federführender Redakteur des genannten Organs „der kriminalist“. Wenn sich eine solche

Persönlichkeit äußert, wiegt das definitiv schwerer als wenn jemand das Wort ergreift, der eben kein Multiplikator, kein Meinungsbildner ist.

Insofern betrübt es, wenn Jaeger, auf die private Bearbeitung strafrechtlich relevanter Sachverhalte bezogen- sehr kompromisslos kommentiert: „Aktuell scheint es kaum fachliche oder gar kriminalistisch-kriminologische Voraussetzungen für private Ermittler in Unternehmen zu geben. Dies gilt auch für Detektive, die ihr Gewerbe einfach anmelden können. Damit besteht die Gefahr, dass sich diese Ermittler eigentlich in rechtsfreien Räumen und auf der Basis eines völlig unzulänglichen rechtlichen und kriminalistisch-kriminologischen Wissens Ermittlungskompetenzen anmaßen und damit in die Rechtssphäre meist von Mitarbeitern von Unternehmen und Kunden eingreifen.“

Damit, so der Autor weiter, entstehe „in Unternehmen in Abhängigkeit von der Stärke der beauftragten Ermittlungsorganisation und der von ihr zu klärenden Anzahl von Straftaten bei Nichtbeteiligung der Strafverfolgungsbehörden eine Art Staat im Staat mit scheinbar rechtsfreien und rechtsmittelfreien Räumen, die sich ein Staat wie die Bundesrepublik Deutschland eigentlich nicht leisten kann und sollte.“

An anderer Stelle schreibt Jaeger, dass „diese Unternehmen“, die also kein Interesse an Polizei oder

Justiz im eigenen Hause haben, „praktisch eine Tabuzone für die Instanzen der formellen Kriminalitätskontrolle“ wären und im Ergebnis eine Aufhellung des Dunkelfeldes blockierten.

Wie sich dieses Szenario nach Meinung des Autors in der Praxis darstellt, wird folgendermaßen beschrieben: „Es ist nicht ungewöhnlich, dass Mitarbeitern, die z.B. bei Diebstählen, Unterschlagungen, Betrugereien oder Geheimnisverrat bzw. der Mitnahme sensibler Unternehmensdaten ertappt werden, ein Angebot z.B. zu fristgerechten Kündigungen unterbreitet wird und auf die fristlose mögliche Kündigung verzichtet wird, wenn ein solcher Mitarbeiter zur Aufklärung seiner Taten und zur Schadenswiedergutmachung beiträgt. Zu solchen Vereinbarungen gehört häufig auch, dass wahrheitswidrig die kriminellen Taten oder die Unzuverlässigkeit des Mitarbeiters in Arbeitszeugnissen, mit denen er sich bei zukünftigen Arbeitgebern bewerben kann, als Teil des Deals verschwiegen werden.“ So könnten entlassene kriminelle Mitarbeiter in die nächste Position gelangen und auch dort wieder einschlägig tätig werden. Dieses „Spiel“ könne „aus Sicht diebischer oder betrügerischer Arbeitnehmer“ bis ans Ende ihrer Arbeitszeit betrieben werden, „da sie immer als Ersttäter gelten, sofern sie sich auf diese üblichen Deals einlassen“.

Vielen Unternehmen, unterstellt Jaeger, scheine es sogar recht zu sein, kriminelle Mitarbeiter „mit gu-

ten Papieren auszustatten, da sie so keine Arbeitsgerichtsprozesse befürchten müssen, zu einer einvernehmlichen Lösung in Bezug auf die Kündigung kommen, auf Abfindungen verzichten können usw. Dafür nehmen sie offensichtlich in Kauf, dass der kriminelle Mitarbeiter seine Tat im nächsten Unternehmen fortsetzt oder modifiziert noch erfolgreicher gestaltet (...)“ Im eigenen Unternehmen könne dies dazu führen, „dass kriminelle Arbeitnehmer, die über ihre kriminellen Handlungen im Unternehmen oft gegenüber ihren engsten Arbeitskollegen überhaupt nicht verschwiegen sind, Nachahmer finden“. Unternehmen mit eigenen Ermittlungsorganisationen oder auch Unternehmen, in denen Firmenchefs diese Rolle einnehmen, produzierten sich auf diese Weise selbst das Personal, „das ihnen oder anderen weiterhin schaden wird“.

Firmeninterne Erledigungen strafrechtlich relevanter Vorgänge führten dazu, dass die Polizei von ihnen nichts erfährt und die Staatsanwaltschaft unwissend bleibe. Jaeger: „Muss es der Staat hinnehmen, dass bei Privatermittlungen in Unternehmen auch wesentliche Erkenntnisse zur Verhinderung neuer Straftaten z.B. von Serientätern oder zur Klärung weiterer Straftaten verloren gehen?“ Eine Ausdehnung des Legalitätsprinzips auf alle als strafrechtlich relevant eingestuften Vergehen im Unternehmen lehnt der Autor als „eine neue Art von Kriminalisierung“ ausdrücklich ab. Doch: „Zumindest prüfenswert“ wäre es nach seinen Worten, ob nicht doch Unternehmen verpflichtet werden können, Straftaten „ab einer bestimmten Erheblichkeitsschwelle anzuzeigen“. Z.B. grundsätzlich alle Verbrechenstatbestände, definierte Sexualstraftaten, bestimmte Vergehen



Klicken die Handschellen demnächst bei allen Fällen von innerbetrieblicher Kriminalität? Es dürfte nur wenige Menschen geben, die das wirklich wollen. Foto: aboutpixel/Uwe Dreßler



Immer wieder geht es bei Fällen von Mitarbeiterkriminalität um Geld. Es ist ein gutes Recht der Unternehmen, sich den angerichteten Schaden ersetzen zu lassen. Foto: pixelio/Harald Wanetschka

mit Auswirkung auf die körperliche Unversehrtheit der Mitarbeiter, Vergehen ab einer bestimmten Schadenshöhe und grundsätzlich „alle Straftaten z.B. der so genannten Industriespionage“.

Hinsichtlich der Qualifikation der betrieblichen Ermittlungskräfte zeichnet Jaeger ein ungewöhnlich düsteres Bild: „Viele der in den Unternehmen eingesetzten Ermittler haben keine Ausbildung als Polizeibeamter und oft auch keine ausreichende rechtliche Ausbildung. Sie kennen deshalb oft weder die Ermächtigungsnormen, derer sich die Polizei im Rahmen rechtstaatlicher Ermittlungsverfahren bedient noch andere strafrechtliche Nebenbestimmungen, Strafrechnormen, Datenschutzbestimmungen. Ihnen fehlen oft auch wesentliche Erkenntnisse zur Beweisführung, zu den Grundlagen unseres Staates, zum Gewaltmonopol und zu den

Grundrechten. Es besteht deshalb die Gefahr, dass sie sich aus Unkenntnis bzw. teilweise sogar fahrlässig oder vorsätzlich nach dem Motto ‚Der Zweck heiligt die Mittel‘ nicht auf dem Boden des Rechts bewegen. Die erfüllen ihre Aufgaben nach kurzen Lehrgängen oder über Erfahrungswissen im Wesentlichen durch ‚learning by doing‘.“

An anderer Stelle merkt der Autor an, dass es bei den privaten Ermittlungen „nach polizeilichen Maßstäben ‚nicht immer mit rechten Dingen zugeht‘“. Zudem: Private Ermittlungsorganisationen könnten letztlich bei weitem nicht die Professionalität polizeilicher Ermittlungen erreichen. Die Unternehmen bezahlen also „eine Ermittlungsorganisation, die letztlich nicht oder nur mit fragwürdigen Rechtseingriffen wie Observationen und Einsatz technischer Mittel in der Lage ist, erhebliche

Diebstähle, Unterschlagungen und Fälle von Wirtschaftskriminalität in Unternehmen aufzudecken“.

Von den betrieblichen Ermittlern müsse eine Ausbildung wie, so wörtlich, „Fachkraft für Werkschutz und Sicherheit“ oder „geprüfter Werkschutzmeister“ als Grundbedingung erwartet werden. Die Ermittlungen anderer Personen, „soweit es nicht selbst Geschädigte sind, die ihre Interessen selbst in die Hand nehmen können, wären als unzulässig zu brandmarken und ggf. sogar zu pönalisieren, da hier Kompetenzen angemessen werden, wie sie ansonsten nur Strafverfolgungsunternehmen des Staates zugeordnet sind, weil sie das Gewaltmonopol des Staates repräsentieren“.

Besser beraten wären die Unternehmen deshalb, auch aus finanziellen Gesichtspunkten, „wenn sie auf die Ermittlungskompetenz der Polizei vertrauen würden (...)“. Die Polizei sei imstande, „aufgrund ihrer Eingriffsermächtigungen und ihrer Ermittlungskompetenz“ insbesondere bei schwerwiegenden Straftaten ganze Tat- und Täterstrukturen aufzuklären. Die einzelatbezogenen Betrachtungsweisen von Ermittlungsorganisationen in Unternehmen führten hingegen dazu, dass „die wirklich schädlichen Machenschaften in Unternehmen nur zu einem deutlich geringeren Teil aufgeklärt werden können als dies bei einer professionellen polizeilichen Ermittlungsorganisation der Fall wäre“. Die Unternehmen vertrauten insofern

auf eine Scheinsicherheit. Betriebe, die dagegen strafrechtlich relevante Sachverhalte von Mitarbeitern generell bei der Polizei bekannt geben, „werden mit diesem Ansatz eher Straftaten verhindern als Unternehmen, die ausschließlich auf in ihrer Qualität oft nicht abschätzbare private Ermittler und Firmenanwälte bauen“. Wenn die Polizei ermittlungstechnisch nicht zum Ziel komme, bleibe „immer noch der Weg zu Detekteien und speziellen privaten Ermittlungsorganisationen mit hoher Qualifikation in der Privatwirtschaft (...)“.

Der Polizei rät Jaeger, ein überzeugendes Konzept zu entwickeln, „damit Unternehmensleitungen sich eher der Polizei und der Justiz anvertrauen als den Weg in eigene Ermittlungen und

„faule Kompromisse“ unter Inkunftnahme der oben genannten Nachteile privater Ermittlungen zu gehen“. Mit professionellen Ermittlungsorganisationen, die sich auf die Produktionsprozesse in großen Unternehmen spezialisiert haben oder Methoden zur Aufdeckung von Korruptions-, Computer- und Wirtschaftskriminalität vor allem in international tätigen Unternehmen entwickelt haben, sollte die Polizei neue Methoden der Ermittlungskooperation finden.

Und ganz wichtig: „Unternehmen, die die Polizei hinzuziehen, sollte garantiert werden, dass ihnen für die Aufklärung der speziellen Straftaten auch professionelle Kriminalisten zur Verfügung ge-

stellt werden und dass ihre Anzeigen nicht als unaufklärbar, angeblich ohne Ermittlungsansätze in den Bergen anderer Vorgänge unbearbeitet liegen bleiben (...)“. Die Polizeiführung und die eingesetzten Ermittler seien zu verpflichten, „ein höchstes Maß an Geheimhaltung bei Kriminalität in Unternehmen zu gewährleisten“. Für die Justiz würde dies laut Jaeger bedeuten, „dass z.B. in Verhandlungen gegen Mitarbeiter von Unternehmen die Öffentlichkeit nur eingeschränkt oder bei Offenbarung von Betriebsgeheimnissen im Prozess gar nicht an der Verhandlungsführung teilnehmen kann, da die Interessen des Unternehmens ansonsten in hohem Maße gefährdet wären“.

K H Glitza

Kommentar: Der Betriebsfrieden ist es, der im Mittelpunkt stehen muss

Von Klaus Stüllenberg,
Kriminalrat a.D.
Stiftung Kriminalprävention,
Münster

Wenn man den Finger in eine vermeintliche Wunde legen will, sollte das schon mal schmerzen, zugegeben.

Und aus Sicht eines Gewerkschaftsfunktionärs sind sicher auch Übertreibungen erforderlich, um auf einen vermeintlichen Missstand hinzuweisen, zugegeben.

Aber Vorsicht: Seit Jahrzehnten machen Polizeigewerkschafter auf die Risiken der stets wachsenden von ihnen so genannten Privatarmeen (gewerbliche Sicherheitsdienstleister) aufmerksam, die im Wettbewerb zur Polizei stünden. Größeren Unsinn habe ich selten und vor allem nicht so anhaltend in diesem Zusammenhang gehört, weil eben in den von den Gewerkschaftern beobachteten Zeiträumen die betrieblichen Werkschutzorganisationen ganz oder teilweise auf externe Anbieter „outgesourced“ worden sind

und deshalb diesen quantitativen Zuwachs über die letzten 20, ja 30 Jahre hatten.

Aber sicher treffen die Beobachtungen von Rolf Jaeger zu, die betrieblichen Sicherheitsorganisationen ermittelten eigenständig und nicht auf der Basis von Ermächtigungsnormen und der Strafprozessordnung - allerdings keine wirklich tief greifende Erkenntnis, aber eben von unserem Rechtssystem so gewollt, und das schon viele Jahrzehnte! Ja, diese betrieblichen Ermittlungsorganisationen arbeiten nicht für



KR a.D. Klaus Stüllenberg (rechts), hier zusammen mit dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke. Foto: khg

den Rechtsfrieden im Staate, sondern für den Betriebsfrieden, sie wollen nicht immer strafrechtlich sanktionieren lassen wie es die Polizei nun einmal muss (Legalitätsprinzip), sondern fehlerhafte Prozesse aufdecken, künftig verhindern und haben nun einmal die Wahl, ob sie die Täter (und dann hervorragend gerichtsfest aufbereitet) zur Anzeige bringen, betrieblich disziplinieren oder entlassen wollen! Man stelle sich vor, selbst solche Maßnahmen werden in aller Regel von Gerichten überprüft, und auch außerhalb der Strafgerichtsbarkeit sind hohe Maßstäbe an eine konsequente, schlüssige Beweisführung geknüpft und vor allem auch an die Art der Beweiserhebung. Also kein rechtsfreier Raum - aber grundsätzlich ein polizeifreier! Und aus einer von Herrn Jäger

subkutan unterstellten Minderqualifizierung oder zeit- und damit kostenoptimierten Arbeitsweise der nicht polizeilichen Mitarbeiter abzuleiten, Rechtsverstöße (z.B. gegen den Datenschutz) seien oft Folge von „Nutzung betrieblicher Kompetenzen“ ist unverständlich bössartig und vor allem nach meiner langjährigen Erfahrung in diesen Sicherheitsbereichen falsch.

Und schließlich, das mag einen der ranghöchsten Beamten beim Landeskriminalamt NRW aber insofern unwissenden Kripomann verwunden: Selbst in betrieblichen Sicherheitsorganisationen gibt es eine funktionierende und außerordentlich konsequent agierende Fachaufsicht bei der oder gar durch die Konzernsicherheit, die Rechtsabteilung und/oder das Controlling.

Tja, was bleibt?

Das Gute: Es war ja nur eine Gewerkschaftszeitung, in der Herr Jäger seinem Vorurteil mal Luft gemacht hat.

Das Schlechte: Diese Zeitschrift hat in den letzten Jahren (sicher auch dank Herrn Jäger) eine Qualität erreicht, die den Anspruch einer Gewerkschaft längst übersteigt, sie ist Fachorgan des auch Fachverbandes BDK (wenn auch mit gewerkschaftlichen Funktionen) und wird deshalb von sehr vielen Sicherheitsverantwortlichen gelesen.

Das Beruhigende: Wenn das Landeskriminalamt NRW seine Fachleute zum Zwecke der Förderung des „Zusammenspiels zwischen Wirtschaft und Strafverfolgung“ in die betriebliche Wirklichkeit entsendet (so. z.B. den Kriminalrat und Dezernatsleiter Achim Schmitz beim jüngsten Sicherheitsforum Ostwestfalen in Bielefeld mit immerhin weit über 100 Teilnehmern), dann zeigt sich hier die wahre Kompetenz und Zielrichtung der Polizei: Wir müssen mehr voneinander wissen, wir müssen gegenseitig Vorbehalte abbauen, wir können unsere Kompetenzen ergänzen und gerade dann unsere nun einmal in einzelnen Teilen unterschiedlichen Ziele gemeinsam verfolgen und vor allem erreichen. Und das dient dann eben nicht nur dem Betriebsfrieden, sondern auch dem Rechtsfrieden.

Vielleicht schreibt Herr Schmitz (aus demselben guten Hause wie Herr Jäger) ja mal einen konstruktiven Beitrag zu diesem Thema in der von Herrn Jäger wirklich gut gemanageten Fachzeitschrift. Kompetenz hat doch wirklich einen Namen (zu verlieren)!

Rechtsfrei, polizeifrei, sinnfrei?

Das Bild, das LKD Jaeger von betrieblichen Sicherheitsorganisationen zeichnet, entspricht nicht der Farbenlehre der Wirklichkeit. Es ist ein Schwarz-Weiß-Bild und nur in seinen Grautönen.

Anders, als es der Autor darstellt, weiß man in den Unternehmen unbedingt, was „Polizeilage“ ist und handelt auch danach. Die Zusammenarbeit mit der Polizei und flankierend auch dem Wirtschaftsschutz ist in den meisten Fällen ausgesprochen gut. Daran liegt es also nicht, wenn es Ausnahmen von dem Richtwert gibt, einen betriebsintern aufgeklärten Fall zur Anzeige, also nach draußen, zu bringen.

Ja, es gibt sie, diese Ausnahmen. Es sind legale Ausnahmen. Sie gehören zur unternehmerischen Entscheidungsfreiheit und sind nicht etwa gegen Ermittlungsbehörden und Justiz gerichtet. Ausnahmen, das sehen auch viele Beamte auf der Arbeitsebene so, die sein müssen. Dann nämlich wenn der zu erwartende Schaden für das Unternehmen eine Dimensionalität erreicht, die in keinem Verhältnis zum Strafanspruch des Staates steht. Firmenchefs und maßgeblichen Managern muss es gestattet sein, in Kategorien zu denken, die sämtliche unternehmenswichtigen Faktoren umfassen. Von der Standortsicherung über die Zukunftsfähigkeit bis zum Erhalt von Arbeitsplätzen. Wohl gemerkt: Wir sind weit ent-



Daten-CD gestohlen, was nun? Zielführende Ermittlungen sollten sofort beginnen-notfalls auch zu ungünstigen Zeiten. Eine Binsenweisheit: Die Spuren müssen heiß sein, sonst sind sie bald keine mehr. Foto: aboutpixel/Kellermeister

fernt davon, die verdienstvolle Arbeit von Polizeibeamten, Staatsanwälten oder Richtern auch nur ansatzweise zu kritisieren. Etwa in dem Sinne, wie es umgekehrt LKD Jaeger mit den betrieblichen Ermittlern tut. Indessen: Die Gesetzeslage berücksichtigt aber nicht immer die betriebliche Wirklichkeit im Zeitalter des verschärften internationalen Konkurrenzdruckes und der Globalisierung. Vermutlich auch aus solchen Erwägungen hat der deutsche Gesetzgeber ausdrücklich keine generelle Anzeigepflicht festgeschrieben, wie sie in totalitären Staaten üblich ist. Er räumt die Wahlfreiheit ein, das Recht auf die Individualität der Entscheidung. Doch dazu an anderer Stelle mehr.

Die letzten Zeilen unseres Beitrages „Herbe Kritik an betrieblichen Ermittlungsorganisationen- aus

einer eher unerwarteten Ecke“ machen eigentlich hinreichend deutlich, weshalb sich Unternehmen in sensiblen Situationen der Polizei zwar im Grunde anvertrauen wollen, es aber nicht können. Oder es von vornherein nicht wollen, weil sie ein gebranntes Kind sind oder ein solches kennen. Der Autor Rolf Rainer Jaeger selbst erwähnt den Hauptgrund: die Furcht vor Rufschädigung. Deren unabsehbare Folgen können bekanntlich bis zum unternehmerischen Exitus reichen.

Also eine keineswegs unbegründete Furcht. Wenn ein Arbeiter entlassen wird, weil er gestohlen hat, dann wird die Öffentlichkeit dies kaum dem betreffenden Unternehmen anlasten. War eine gut organisierte Struktur am Werke, wird doch schon gefragt: „Hatten



Der Arbeitsplatz ist ein nahezu idealer Tatort. Niemand, der länger beschäftigt ist, muss ihn auskundschaften. Keiner kennt mehr Details als die Mitarbeiter. Wer den schwarzen Schafen in der Belegschaft begegnen will, - muss - mindestens (!) - ebenso viel über den Tatort wissen wie diese. Foto: aboutpixel/Peter Ehmann

die denn keine Augen im Kopf?“ Bezieht sich die Straftat auf sehr sensible Bereiche (IT, Bargeldbearbeitung, Buchhaltung, Einkauf, höheres Management), folgt unvermeidlich die bange Fragestellung: „Sind meine Daten, ist mein Geld da noch sicher? Und ist das Unternehmen eigentlich professionell aufgestellt?“ Rufschäden sind mit höchst negativen Effekten wie Umsatzrückgängen, Absprung von Geschäftspartnern, belastende Konditionsänderungen der Lieferanten, Verlust der Marktstellung und Verunsicherung des Personals verbunden. Wir alle wissen, dass wir in einer Zeit leben, in der manch aggressiver Konkurrent mit gezielt eingesetzter „schwarzer Propaganda“ noch einen draufsetzt. Mit Kuschhand sogar. Man stelle sich ein Unternehmen

vor, dessen Lebensmittelprodukt von Innentätern zu einem geringen Teil, zwar nicht gesundheitsschädigend, aber optisch und sensorisch beeinträchtigend, kontaminiert wird. Wenn ein solcher Sachverhalt bereits zu Anfang der Ermittlung an die Öffentlichkeit käme, kann dies auch das kapitalstärkste Unternehmen in die Knie zwingen. Trotz nur kleinster betroffener Partien und trotz des nicht bestehenden Gesundheitsrisikos wäre das Lebensmittel von den Konsumenten mit Breitenwirkung gemieden worden. Die Konsequenz „Anzeigesoll erfüllt, aber Firma kaputt“ kann niemand wirklich wollen.

Die bei Produkterpressungen und Entführungen mustergültige Diskretion der Ermittlungsbehörden gilt bei vielen anderen Deliktarten

leider nicht. Selbst wenn die Polizei eine möglicherweise rufschädigende Veröffentlichung unterlässt, muss das nicht für die Staatsanwaltschaft und schon gar nicht für das verhandelnde Gericht gelten. „Herrinnen“ des Verfahrens sind bekanntlich nacheinander Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz. Der die Straftat Anzeigende ist im rechtlichen Sinne als Zeuge nur noch ein „Beweismittel“, der den Verlauf des Verfahrens nach den Buchstaben des Gesetzes nicht mehr beeinflussen kann. Es gibt nur einen Strafanspruch, den des Staates, ein privater Rechtsanspruch des in seinen Rechten Verletzten auf Bestrafung existiert dagegen nicht.

Und nicht von der Hand zu weisen ist, dass die Unternehmen polizeiliche Ermittler brauchen, die wissen, dass sie sich in einem lebenden Organismus namens Unternehmen bewegen, dem unsensible Maßnahmen unglaublich schaden können. Wir wollen nicht so weit gehen wie ein Sicherheitsbevollmächtigter, der ein wenig uncharmant formulierte: „Wir wissen nie, wer kommt, Jerry Cotton oder Mickey Mouse“. Doch zur Partnerschaft gehören gegenseitiger Respekt und Augenhöhe. Zu wirtschaftsrelevanten Ermittlungen kann eben keinesfalls jeder geschickt werden, nur weil er gerade Luft hat.

Nicht zu unterschätzende Risiken sind außerdem mit den öffentlichen Hauptverfahren verbunden. Vor Justitias Schranken ist es unwesentlich, ob die Öffentlichkeit

eingeschränkt oder nicht eingeschränkt zugelassen wird. Wenn die eingeschränkte Öffentlichkeit aus einem Gerichtsreporter besteht, ist es letztlich egal, wie viele Andere sonst nicht im Saal sitzen durften. Und: Nicht wenige Tatverdächtige belasten gerne andere, vorzugsweise Vorgesetzte. Sie plaudern ebenso gerne Interna aus. Das steht dann am nächsten Tag in der Zeitung- mit Sicherheit.

Die Vorschläge des Herrn LKD Jaeger, bezogen auf positive Veränderungen bei Polizei und Justiz, sie sind durchaus gut und gut gemeint. Aber keineswegs neu. Vorschläge dieser Art werden schon seit Jahrzehnten erhoben. Nimmermüde, aber bedauerlicherweise ohne jede Auswirkung auf das real existierende Leben. Doch andererseits: Wenn die Anregungen des Autors Wirklichkeit wären, gebe es ganz sicher noch mehr Kooperationsform zwischen Unternehmen und Polizei als dies heute schon der Fall ist. Insofern kritisiert Jaeger nicht nur, er gibt auch wichtige Anregungen. Doch zur Realisierung bedürfte es einer Reihe von gesetzlichen Änderungen, und die waren noch niemals- aus durchaus guten Gründen- kurz- und mittelfristig hinzukriegen.

Genau so verhält es sich bei der Forderung, dass die Polizei künftig mehr Aufgaben übernehmen solle, die eigentlich den Selbstschutzorganisationen in den Unternehmen obliegen. Jaeger selbst räumt ein, dass die Umsetzung seiner Forderungen zumindest an den

Standorten von Großunternehmen „zu einem erhöhten Personalbedarf der Kriminalpolizei führen“. Genau das dürfte der „casus knaxus“ sein. Mehr Personal oder treffender gesagt: viel mehr Personal? Keine wirklich eingängige Parole für unseren Staat, der aus guten Gründen nach Verschlinkung trachtet. Auch kein Highlight für unsere Polizei, die konsequent danach strebt, sich auf ihre Kernaufgaben zu fokussieren, statt sich auf vielerlei Handlungsfeldern zu verzetteln.

Und, Moment mal, wie war das noch gleich mit dem Mehrbedarf an Personal? Wieso sollte es den eigentlich nur an den Großstandorten geben? Was ist mit den Klein- und Mittelunternehmen (KMU), was ist mit der Fläche? Sollen da die Ermittlungsfälle für die Wirtschaft etwa aus dem bestehenden, nirgends wirklich üppigen Personal-

bestand bearbeitet werden? Wer soll die Arbeit leisten, wenn auch die KMU die Ermittlungen in die Hände der Polizei legen, Firmenchefs oder andere Verantwortliche nicht mehr selbst relevante Sachverhalte klären und/oder die Privaten in die Wüste geschickt werden. Es ist an keiner Stelle die Aussage eines pflichtbewusst arbeitenden Polizeibeamten übermittelt, er leide unter zu wenig Arbeit. Wie also soll die Mehrarbeit seriös bewältigt werden? Da wird, salopp gesagt, ein Riesenfass aufgemacht, das niemand mehr zu schließen vermag. Da wird eine „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“ aufs Gleis gesetzt, die niemand wirklich braucht.

Aber da gibt es noch ein weiteres Problem. Der von Jaeger dezidiert angeführte polizeiliche Mehrwert durch effizientere Aufklärung krimineller Strukturen wird von Prak-



Wo es um wertvolle Güter geht, ist immer auch die Versuchung groß. Betriebliche Ermittler wissen das und handeln danach. Kontinuierlich und nicht nur fallweise. Foto: pixelio/Hubert van Roy

tikern eher verhalten gesehen. Tatsächlich gelinge der Nachweis von OK-Netzen nur selten, wird aus Ermittlerkreisen berichtet. Aber auch bei Einzeltätern sei der justizielle Erfolg keinesfalls durchschlagend. Laut einer aktuellen Studie von PricewaterhouseCoopers (PwC) wird nur knapp die Hälfte aller angezeigten Täter verurteilt. Und wenn, dann in vielen Fällen nur mit Strafmaßen, die Unverständnis auslösen. Und das nicht selten auch bei der Polizei.

Trotzdem: Der Weg zur Polizei ist grundsätzlich der richtige. Ausnahmen sind in begründeten Fällen zulässig und müssen es sein, denn der Gesetzgeber sieht eine Anzeigenpflicht nur bei Straftaten der besonders schweren Form vor. Ganz sicher aus der Erkenntnis heraus, dass eine Pflicht dort nicht zu verlangen ist, wo sie zu unzumutbaren Folgen führt- siehe oben. Wie Jaeger selbst ausführt, wird selbst von Polizeibeamten nicht erwartet, dass sie „Straftaten im unmittelbaren privaten Lebensbereich“ zur Anzeige bringen.

Auch wird es Eltern kaum zuzumuten sein, dass sie bei einer Auseinandersetzung ihrer strafmündigen Zöglinge gegen diese Anzeige wegen Körperverletzung erstatten, selbst wenn es mal richtig „fetzt“. Der klare Grund ist: Der Familienverband wäre unwiderruflich zerstört, ebenso der Ruf (Polizei im Haus, Tatverdächtige werden mitgenommen, eventuell Gerichtsverfahren)- und es gibt die Möglichkeit der eigenen, erzieherisch

wirksamen Sanktion. Das Gesetz kennt den sicherlich antiquierten Begriff des „Haushaltsvorstandes“, dem es durchaus zutraut, auch Streitigkeiten in ihrer unschönsten Form durch „autoritative“ Einwirkungsmöglichkeit außergerichtlich zu klären (siehe auch Staudinger: BGB).

Zugegeben: Der Vergleich hinkt. Aber grundsätzlich ist es in Unternehmen nicht anders. Der staatliche Strafanspruch wiegt schwer, die Existenz einer Firma nicht minder. Alles unterliegt der Abwägung, der Güterabwägung- und der Verzicht auf eine Strafanzeige entspricht der „ultima ratio“.

Das ist Allgemeingut in wohl jeder Firma. Dem VSW Niedersachsen ist zumindest kein Mitgliedsunternehmen bekannt, das nach der von Jaeger geschilderten Art arbeitet. Sprich, die Polizei grundsätzlich außen vor lässt, einen Staat im Staate bildet oder sich in einem rechtsfreien oder gar, wie zwischen den Zeilen anklingt, undemokratischen Raum bewegt. Die Betriebsermittler der Mitgliedsunternehmen machen einen guten Job und sie sind keineswegs minder qualifiziert, wie es Jaeger anklingen lässt. Viele Betriebsermittler oder Sicherheitschefs stammen aus der Polizei oder anderen Sicherheitsbehörden bzw. haben in privaten Organisationen vielfältige Erfahrungen gesammelt. Das ihrige tun die qualifizierten Lehrgänge, wie sie u.a. die Verbände für Sicherheit in der Wirtschaft anbieten. Qualifizierte Betriebs- und Privatermittler haben sich ein

sehr breites betriebswirtschaftliches und IT-technisches Wissen angeeignet, dass die Aufklärung –Stichwort: intelligenter Täter- häufig erst ermöglicht. Und sie kennen den „Tatort“ aus dem ff.

Auch die Privatermittler haben in vielen Fällen eine behördliche oder anderweitig qualifizierende Vergangenheit. Schwarze Schafe, deren einzige „Gütesiegel“ der Gewerbeschein ist, gibt es zwar auch, unbestritten. Doch für Unternehmen, die sich eingehend nach den Befähigungsnachweisen zu erkundigen pflegen, arbeiten solche unzureichend ausgebildeten „Detektive“ nach unserem Wissensstand nicht. Seriöse Privatermittler können entweder eine relevante vorherige Tätigkeit vorweisen und/oder eine anerkannte Ausbildung, z.B. bei der Zentralen Ausbildungsstelle für das Detektivgewerbe (ZAD) in Berlin bzw. anderen anerkannten Lehrinstituten. Dort ist die spezifische Rechtskunde regelmäßig einer der wesentlichen Schwerpunkte.

Kommen wir noch einmal zurück zum Kooperationsgedanken. Staat und Wirtschaft können die sicherheitsbezogenen Herausforderungen in diesen mehr als unruhigen Zeiten nur gemeinsam bewältigen. Denn sie ergänzen sich in ihren spezifischen Handlungsfeldern und Kompetenzen. Vor diesem Hintergrund ist es keine gute Idee, die privaten Ermittler und die privaten Ermittlungsorganisationen an den Pranger und auch noch in die böse Ecke zu stellen, so als wären

sie selbst Täter. Das kooperative Staatsverständnis unserer Tage basiert auf der Erkenntnis, dass Sicherheit, Kriminalitätsbekämpfung und Prävention eine gesamtgesellschaftliche Aufgabenstellung ist. Und nur relativiert und schon

gar nicht mit Ausschließlichkeitsanspruch als Staatsaufgabe zu sehen ist. Sicherheit erfordert ein partnerschaftliches Miteinander von Staat, Unternehmen (auch Sicherheitsunternehmen), Privatermittlern und anderen gesellschaftli-

chen Kräften. Um dieses Klima der Kooperation zu schaffen, wurde und wird viel getan. Ein Rückschritt wäre mehr als fatal. Und eine Katastrophe, nicht nur für die Unternehmen. Klaus Henning Glitza

Wie ein Wirtschaftsrechtler die Thematik sieht: Exklusivinterview mit Rechtsanwalt Stefan Nau

Strafrechtlich relevante Sachverhalte, anzeigen oder nicht? Wie kommentiert das ein im Wirtschaftsrecht versierter Jurist? Info Sicherheit sprach mit Rechtsanwalt Stefan Nau, Berlin, dem Associate einer renommierten wirtschaftsrechtlich orientierten Anwaltskanzlei.

Info Sicherheit: Die Nichtanzeige von Straftaten ist unseres Erachtens definitiv in den §§ 138 ff. Strafgesetzbuch geregelt. Nur schwerste Straftaten wie Kapitalverbrechen müssen zwingend angezeigt werden. Wie stellt sich aus anwaltlicher Sicht die Rechtslage dar, wenn ein Betriebsermittler z. B. vom Diebstahl eines Mitarbeiters erfährt?

RA Nau: Grundsätzlich gibt es für Privatpersonen keine Verpflichtung, strafrechtlich relevante Sachverhalte anzuzeigen. Es sei denn, es handelt sich um so schwere Verbrechen wie Vorbereitung eines

Angriffskrieges, Mord, Totschlag, Hochverrat, terroristische Akte. Wenn jemand dagegen verstößt, muss er damit rechnen, belangt zu werden. In § 138 StGB heißt es aber: „Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung zu einer Zeit, zu der die Ausführung oder der Erfolg noch abgewendet werden kann, glaubhaft erfährt und es unterlässt, der Behörde oder dem Bedrohten rechtzeitig Anzeige zu machen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“ Der Paragraph hebt also ausdrücklich nicht auf bereits realisierte Straftaten ab, sondern ist auf Abwendung schwerster Straftaten, also auf Prävention ausgerichtet.

Info Sicherheit: Die Forderung, Betriebsermittler in das nur für Strafverfolgungsbehörden geltende Legalitätsprinzip einzubeziehen, hieße doch, essentielle Teile des geltenden Rechtes „umzukonstruieren“. Wäre das überhaupt machbar?



Rechtsanwalt Stefan Nau. Foto: pr

RA Nau: Machbar schon. Aber das hieße doch im Ergebnis, alle Betriebsermittler zu verbeamten, sie zu einer Art „Hilfspolizisten“ zu machen und einen Riesen-Polizeiapparat zu schaffen. Mir ist kein vernünftiger Mensch bekannt, der so etwas will.

Info Sicherheit: Aus der Praxis ist zu hören, dass selbst kooperative und verständnisvolle Polizeibeamte



Finstere Gestalten, die aber nur selten auf Anhieb zu erkennen sind, gibt es in jedem Unternehmen. Auf welche Weise die Betriebe den Schaden, den diese Personen anrichten, begrenzen bzw. ausgleichen, ist ihre ureigene Sache. Denn es geht um ihr originär eigenes Recht. Foto: pixelio/Maren Beßler

gehindert sind, bei Ermittlungsverfahren auf betriebliche Wünsche und Interessen einzugehen. Wie beurteilen Sie diese Problematik?

RA Nau: Der entscheidende Punkt liegt meines Erachtens darin, dass nur in seltenen Fällen die strafrechtlich relevanten Vorfälle zeitnah bearbeitet werden können. Nicht selten vergehen Wochen, manchmal sogar Monate, bis die Ermittlungen richtig anlaufen. Dies liegt nicht etwa an mangelndem Willen, sondern an der Personalsituation und Auslastung der Strafverfolgungsbehörden. Mit wachsendem zeitlichem Abstand zum Ereignis schwinden aber auch die Chancen der Aufklärung. Problematik Nr. 2 liegt in den zum Teil langwierigen Verfahren. Ein mir persönlich bekanntes Strafverfahren, bei dem es um bandenmäßiges Vorgehen von Kassenpersonal geht, läuft seit nunmehr vier Jahren. Problematik Nr. 3: Man weiß nie, was bei den

Verfahren herauskommt, vielleicht nur eine Verurteilung zu ein paar Tagessätzen oder sogar eine Einstellung des Verfahrens gegen eine Auflage. Und der vierte Punkt: Die betroffenen Unternehmen können nicht in das Verfahren eingreifen, z.B. verlangen, dass bestimmten Hinweisen nachgegangen ist. Die ermittelnden Beamten sind einzig und allein ihren Organisationen verpflichtet, in keiner Form aber den Anzeigeerstatlern. Herr des Verfahrens sind allein die Strafverfolgungsbehörden.

Info Sicherheit: Eine eher ungünstige Bilanz für die Unternehmen?

RA Nau: Im Grunde ja, denn die Unternehmen haben ja bereits den Schaden, der Ihnen durch den strafrechtlich relevanten Vorfall entstanden ist. Sie wurden bestohlen, betrogen, ihr Image wurde beschädigt usw. Zu diesem Schaden kommt im Ergebnis noch

ein erheblicher zeitlicher und finanzieller Aufwand, der im Zuge eines Verfahrens zu betreiben ist. Und das mit ungewissem Ausgang. Es ist nie ausgeschlossen, dass das gegen einen als überführt geltenden Tatverdächtigen eingeleitete Verfahren gegen geringe Auflagen eingestellt wird. Für die Unternehmen kommt letztlich nichts heraus, außer Aufwand. Das ist in der Tat eine extrem ungünstige Bilanz.

Bei dem Verdacht schwerer Straftaten oder einem größerem bzw. organisierten Täterkreis kenne ich aber kaum ein Unternehmen, welches nicht neben der Beauftragung von Privatermittlern auch ein Strafverfahren einleitet. In diesen Fällen profitieren meiner Erfahrung nach die Strafverfolgungsbehörden dann sehr stark von der Zusammenarbeit mit den Privatermittlern.

Info Sicherheit: Herr Jaeger vertritt die Auffassung, bei betrieblichen Ermittlungsorganisationen gehe es nicht immer mit rechten Dingen zu. Was ist davon zu halten?

RA Nau: Ganz klar ist, es gibt Rechte, die private und betriebliche Ermittler zu beachten haben. Tun sie das nicht, machen sie sich strafbar. Ich kenne kein seriöses Unternehmen und keine Einzelpersonen, die sich einem solchen Risiko aussetzen. Man denke einmal an den Imageverlust von Firmen oder Personen, wenn illegale Handlungen öffentlich würden. Genau um das Gegenteil geht es doch, um die Abwehr von Imageschäden. In den Unterneh-



Die meisten betrieblichen Ermittler wissen ganz genau, wann eine Polizeilage angezeigt ist. Foto: pixelio/ Qay

men wird originär eigenes Recht geltend gemacht. Natürlich nicht nach der StPO, die ist ja auch für Private gar nicht anwendbar, aber immer im Rahmen des Gesetzes. Es ist schwer zu verstehen, was an dieser jahrzehntelang geübten Praxis zu kritisieren wäre. Denn Unternehmen sind selbstverständlich kein rechtsfreier Raum, sondern lediglich ein Raum ohne Strafprozessordnung. Aber das ist vom Gesetzgeber so gewollt.

Info Sicherheit: Letztlich sind die privaten Ermittlungsorganisationen ja auch stark mit der Abwehr von dolosen Handlungen befasst. Denken wir an eine festgestellte Straftat, die keinen bestimmten Mitarbeitern zuzuordnen ist, und die deshalb Folgemaßnahmen wie Observation des Tatortes bedingt. Wäre denn in diesem Aufgabenfeld eine stärkere Kooperation mit der Polizei denkbar?

RA Nau: Die Polizei kann nach der StPO immer erst eingreifen, wenn eine Straftat realisiert ist. Vorher, also im Sinne der Vorbeugung, im Wesentlichen nicht. Wenn auch die betrieblichen Ermittler der StPO unterlägen, gäbe es niemanden mehr, der diese wichtigen Maßnahmen durchführen kann. Das allein zeigt, dass betriebliche Ermittler unersetzbar sind.

Info Sicherheit: Einen gewissen Seitenhieb bekommen ja auch Firmenanwälte. Diese, so wird im Statement des LKD Jaeger kritisch angemerkt, würden zusammen mit den Werksermittlern außergerichtliche Vereinbarungen mit straffälligen Mitarbeitern realisieren. Aber ist das im wahren Sinne des Wortes nicht das gute Recht von Unternehmen, ihren Betriebsermittlern und Firmenanwälten, so vorzugehen?

RA Nau: Selbstverständlich. Die Rechtsordnung sieht ein nebeneinander von Strafrecht und Zivilrecht vor. Zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche bedarf es im Übrigen nicht zwingend eines Gerichtsverfahrens. Zumal dann, wenn die Fakten auf dem Tisch liegen und eine deutliche Einigungsbereitschaft beider Parteien gegeben ist. Denken wir doch einmal an ein Arbeitsgerichtsverfahren. Dies beginnt gemäß der gesetzlichen Bestimmungen immer mit der obligatorischen Güteverhandlung. Das heißt, es wird darauf gesetzt, dass sich die Prozessparteien gütlich einigen und ein aufwändiges Verfahren vermieden werden kann. Gegenstand einer gütlichen Einigung, d.h. einem Vergleich, ist in der Regel auch der Inhalt des Zeugnisses. Ich kann daran auch nichts Anrühiges feststellen, da der Anlass für einen Vergleichsab-



Kapitalverbrechen und andere schwere Delikte müssen angezeigt werden, wie sich von selbst versteht. Eine Ausweitung der Anzeigepflicht auch auf weitere minder schwere Straftaten würde einen personellen Mehrbedarf hervorrufen, den die Behörden schwerlich darstellen können. Foto: Presse-Medienservice.de

schluss meist darin besteht, dass trotz der ermittelten Tatsachen ggf. eine Unsicherheit bezogen auf den Ausgang des Gerichtsverfahrens besteht.

Der Versuch der gütlichen Einigung zwischen einem Mitarbeiter und seinem Arbeitgeber kann auch bereits im Vorfeld eines gerichtlichen Verfahrens unternommen werden. Das ist ein

originär eigenes Recht, das die Unternehmen geltend machen können, wie es auch ein –zu- meist wahrgenommenes- Recht des betroffenen Arbeitnehmers ist, selbst einen Rechtsanwalt für seine Interessenvertretung hinzuziehen. Außerdem: Die Justiz wird dadurch entlastet, ohne dass dem Rechtsstaat etwas entgeht. Rechtsanwälte sind schließlich

Organe der Rechtspflege.

Stefan Nau ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht mit den weiteren Schwerpunkten Gesellschafts-, Vertrags- und Immobilienrecht in der 1948 gegründeten Kanzlei Segelken & Suchopar, Büro Berlin.

Interview: K H Glitza

Wenn Fliegen im Lebensmittel „schwimmen“: Fallstudie einer realen Ermittlungsmaßnahme

Chronologie und Methodik einer privaten Fallbearbeitung

Dass es in der Wirtschaft ohne private Ermittlungen nicht geht, ist für Praktiker der Unternehmenssicherheit nicht nur eine bekannte, sondern sogar eine unumstößliche Tatsache. Weitaus weniger publik ist, wie und auf welchen Wegen - außerhalb von Routinelagen - diese internen Ermittlungsmaßnahmen konkret ablaufen. Mit der Veröffentlichung einer realen Fallstudie schließt Info Sicherheit diese Lücke. Neben methodischen Aspekten wird in den folgenden Zeilen klar gestellt, dass betrieblich-private Ermittlungen durchaus Dimensionalitäten erreichen können, die von Seiten der Strafverfolgungsbehörden allein aus Gründen der personellen und etatmäßigen Ressourcen kaum darstellbar sind.

Eine Handlungsoption polizeiliche oder unternehmensinterne Ermittlungen ist deshalb in vielen Fällen gar nicht gegeben. Hinzu kommt, dass in vielen Falllagen personell-finanzielle Gesichtspunkte für die Unternehmen von absolut untergeordneter Bedeutung, da die zu erwartenden Schäden (Imageverluste usw.) auch relativ hohe Ermittlungskosten um ein Vielfaches übersteigen, und das nicht selten um drei- bis vierstellige Faktoren.

Der Autor dieses Beitrages kennt die Thematik aus eigener Anschauung. Klaus-Dieter Baier wurde als Krisenberater und Einsatzleiter einer Ermittlungsgruppe in Zusammenarbeit mit anderen Spezialisten bei der Aufklärung einer Serie von Lebensmittelkontaminierungen

eingesetzt. Mit seinem Team gelang es ihm, die Verursacher zu identifizieren.

Von
Klaus Dieter Baier

Der Sachverhalt: Einem deutschen Lebensmittelhersteller wurde durch Beschwerden aus den Kreisen des Handels und der Endverbraucher bekannt, dass innerhalb eines Monats drei Produkte unterschiedlicher Produktionstage mit Fliegen und Spülwasser kontaminiert wurden.

Die darauf eingeleiteten Schritte in ihrer zeitlichen Abfolge:

Durch die QM-Abteilung wurden die ersten eingehenden Fehlermeldungen / Qualitätsabweichungen

erfasst und wegen der Brisanz des Themas schon bei der zweiten Feststellung eines kontaminierten Produktes die oberste Führungsebene eingeschaltet. Für die Verbraucher bestand durch die Kontaminierung zu keinem Zeitpunkt eine Gefährdung der Gesundheit. Aufgrund der Kontaminierung wurden die festgestellten Produkte jedoch als Ekel erregend eingestuft.

Besonders kritisch war in diesem Zusammenhang, dass das Premiumprodukt des Herstellers durch die Vorfälle beeinträchtigt wurde und die akute Gefahr bestand, dass es zu einer Beschädigung der Marke kam. Eine Studie des Managements, in der die bestehenden Risiken herausgearbeitet wurden, kam folgerichtig zu dem Ergebnis, dass bei weiteren Vorkommnissen in Verbindung mit der Öffentlichkeitswirksamkeit für das Unternehmen mit hoher Wahrscheinlichkeit eine krisenhafte Situation eintreten könnte.

Die hohe Sensibilität der Führungskräfte beim zweiten Vorkommnis (es wurden in einem Produkt dutzende übergroße Fliegen festgestellt), führte zur sofortigen Einschaltung der externen Berater und Ermittlungsspezialisten.

Im Ergebnis erster Laboruntersuchungen und durch die Analyse der Produktzyklen konnte eine fahrlässige Kontaminierung oder eine vorsätzliche Produktsabotage außerhalb des Herstellers und der Händlerstruktur ausgeschlossen werden.



*Weder in der Wohnung und schon gar nicht in Lebensmitteln beliebt: die Fliege.
Foto: pixelio/Joujou*

Gemeinsam mit dem Unternehmen wurden Reaktionsmaßnahmen und Handlungsabläufe für den Fall weiterer Meldungen und Feststellungen beim Handel oder den Verbrauchern festgelegt. Die externen Berater installierten einen Bereitschaftsdienst, um bei eingehenden Meldungen sofort innerhalb weniger Stunden im Bundesgebiet reagieren zu können. Innerhalb weniger Wochen gingen drei weitere Feststellungen von mit Insekten kontaminierten Produkten ein. Die externen Berater und Mitarbeiter der QM-Abteilung sicherten bei den Händlern und Endverbrauchern vor Ort die „fehlerhaften Produkte“,

um sie kriminalistische Untersuchungen zuzuführen. Gleichzeitig wurde in persönlichen Gesprächen mit den „Findern“ das Risiko einer Informationsweitergabe an die Öffentlichkeit begrenzt. Dem Versuch eines Händlers, den Vorfall zu nutzen, um finanzielle Vorteile zu erlangen, wurde dabei konsequent begegnet.

Nach Sicherung der bereits festgestellten kontaminierten Produkte erfolgte eine chemische und biologische Untersuchung der Produkte innerhalb weniger Stunden. Das Spülwasser konnte zweifelsfrei dem Unternehmen zugeordnet



War Einsatzleiter im beschriebenen Fall: Klaus Dieter Baier. Foto: pr.

werden.

Die umfassende Analyse der prozessbezogenen Daten für die Produkte in Verbindung mit den Informationen (Rückverfolgbarkeit der Lebensmittel) ließ jedoch keine Zuordnung zu bestimmten Produktionszeiten zu. Eine kriminalistische Untersuchung der Produkte auf daktyloskopische Spuren war in allen Fällen ergebnislos. Es befanden sich keine verwertbaren Spuren auf den Produkten.

Flankierend wurde von einem Spezialisten ein täterbezogenes Persönlichkeitsprofil erstellt. Insbesondere

die Verwendung sehr großer Fliegen – die im Unternehmen nicht festzustellen waren – ließ Raum für eine Versionsbildung. Lediglich einige Aussagen zu Störungen in der Persönlichkeitsstruktur waren nutzbar. In zahlreichen Gesprächen mit Führungskräften wurde die allgemeine Situation im Unternehmen erfasst und auf mögliche Ursachen für Produktsabotage analysiert. Es konnte dabei aber keine signifikanten Ansatzpunkte als mögliche Ursache identifiziert werden. Parallel zu den Untersuchungen im Personalbereich wurde in Abstimmung

mit dem Gesamtbetriebsrat an möglichen Handlungsorten verdeckte Videoüberwachungstechnik installiert.

Währenddessen traten weitere Kontaminierungen auf, ohne dass es zeitnah in den per Videotechnik erfassten Schwerpunktbereichen zu relevanten Feststellungen kam, die eine Eingrenzung der Tatortbereiche oder des Personenkreises ermöglicht hätten.

Erst nach etwa zehn zeitlich voneinander unabhängigen Kontaminierungen konnte, auf der Grundlage einer permanenten Analyse von Anwesenheitsnachweisen der Mitarbeiter, eine laufende Eingrenzung der Personen vorgenommen werden. Bestand der in Frage kommende Personenkreis anfangs noch aus 126 Mitarbeitern, so reduzierte sich die Anzahl der Tatverdächtigen auf 16 Mitarbeiter.

Parallel zu den bereits angeführten Maßnahmen wurde eine verdeckte Einschleusung eines Mitarbeiters der externen Ermittlungsorganisation umgesetzt, die fast fünf Monate kompromisslos aufrechterhalten wurde. Der verdeckte Ermittler war in unterschiedlichen Arbeitsbereichen tätig und erarbeitete Informationen, die geeignet waren Persönlichkeitsprofile zu erstellen.

Aufgrund der o. g. Maßnahmen und anhand der weiteren Analyse der Aufenthaltsnachweise konnte der Kreis der Tatverdächtigen auf 16 Personen eingegrenzt werden, wobei sechs Personen – in Ab-

gleich mit den Bewertungen des Verdeckten Ermittlers- als kritisch anzusehen waren.

Sodann führten die externen Ermittler unter der Legende „Qualitätsaudit“ Gespräche mit insgesamt 20 Mitarbeitern der Produktionsbereiche durch, zu denen auch die 16 bereits als relevante Mitarbeiter eingegrenzten Personen zählten.

Zu Beginn des Gespräches wurden die Teilnehmer gefragt, ob zur Vereinfachung der Dokumentation und für spätere Protokollierung eine Aufzeichnung des Audits vorgenommen werden kann. Die Teilnehmer, die nach einem etwas dreiminütigen Vorgespräch zum Thema sensibilisiert wurden, willigten ausnahmslos ein. Für sie war nachvollziehbar, dass die Unternehmensberater erst im Nachgang Protokolle fertigen. In den halbstündigen Gesprächen zu Themen der Qualitätssicherung wurden Beispiele für Qualitätsabweichungen bei den Produkten mit real kontaminierten Lebensmittelmustern demonstriert.

Dabei war es explizit vorgesehen, den relevanten Mitarbeitern, zwecks kriminalistischer Bewertung, die mit Fliegen kontaminierten Produkte in die Hand zu drücken. Bei drei der befragten 20 Mitarbeiter wurden dabei signifikante nonverbale Reaktionen sichtbar, wobei zwei ganz besonders symptomatisch reagierten. Sie lehnten sich auffällig zurück und nahmen die betreffende Verpackung nicht in die Hand. Andere Produkte wur-

den hingegen neugierig betrachtet und in die Hände genommen. Das auffällige Verhalten war den befragenden Sachbearbeitern schon im Gespräch aufgefallen und die Auswertung einer verdeckten Videoaufzeichnung verdeutlichte die körperlichen Reaktionen auf das „relevante Produkt“.

Die Gespräche des „Qualitätsaudits“ wurden später mittels eines Verfahrens der stimmstressgestützten Lügendetektion ausgewertet. Im Ergebnis der Analyse wurden signifikante Reaktionen bei zwei der 16 Personen festgestellt. Es handelte sich dabei jene Personen, die sich auffällig beim Betrachten der kontaminierten Lebensmittel verhalten hatten.

Die beiden Mitarbeiter L. und K. waren gemeinsam in einer Abteilung tätig, die sich mit der Rücknahme von Verpackungen und

Vorbereitung für die Reinigung befasste. Dieser Arbeitsbereich war von der übrigen Belegschaft getrennt Außerhalb des Unternehmens als Einzelgänger ohne familiäre Bindung bekannt, waren diese beiden Mitarbeiter auch innerhalb der Belegschaft ohne soziale Kontakte.

Ihr Arbeitsbereich war getrennt von der übrigen Belegschaft und in der sozialen Hierarchie wurden der L. und der K. von Kollegen kaum beachtet und zum Teil als „Spinner“ abgewertet.

Aufgrund dieser Verdachtsmomente wurden sofortige Untersuchungen zur Motivlage eingeleitet. Zur Aufklärung im unmittelbaren Bereich der Personen L. und K. wurde ein weiterer Ermittler eingeschleust. Dadurch wurde bekannt, dass die beiden Mitarbeiter durch Mehrarbeit an



Ermittlungen müssen in enger Abstimmung mit den Verantwortlichen im Unternehmen erfolgen. Regelmäßige Besprechungen sind in sensiblen Lagen unbedingt ratsam. Foto: pixelio/Rainer Sturm

den Feiertagen frustriert und demotiviert waren. Im Vergleich zu anderen Bereichen, erhielten der L. und der K. keine personelle Unterstützung durch Kollegen. Defizite bei der Betreuung durch die verantwortlichen Führungskräfte förderten die Frustration.

Der eingeschleuste Mitarbeiter stellte ferner fest, dass der L. und der K. in den Pausen damit beschäftigt waren, in einem abgedeckten Wasserfass, das in der Produktionshalle aufgestellt war, Fliegen zu züchten. Damit war ein wichtiger Hinweis auf die Täterschaft erarbeitet.

Auf dieser Basis erläuterten die externen Berater und die Geschäftsleitung des Unternehmens das weitere Vorgehen. Als mögliche Handlungsoptionen wurden

- Anzeige bei der Polizei und Schaffung zweier tatmotivierter Außentäter oder
 - Umsetzung anderer geeigneter Maßnahmen
- erkannt.

Die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen oder anderen, auf die Sache abgestellten, arbeitsrechtlichen Verfahren wurde als zu risikoreich verworfen, da die Gefahr, dass die Mitarbeiter in einer höheren Qualität Produkte kontaminieren, nicht von der Hand zu weisen war. Der Aspekt einer Verbrauchergefährdung wurde dabei in den Vordergrund gestellt.

Andererseits war ein Verbleib der beiden Mitarbeiter nicht mehr tragbar.

Deshalb wurde entschieden, alternative arbeitsrechtlich relevante Optionen zu nutzen. Da im Verlauf der Einschleusungen durch den Verdeckten Ermittler bekannt geworden war, dass die beiden Tatverdächtigen regelmäßig Ware aus dem Lager entwendeten und diese verzehrten, wurde entschieden, diese Verfehlungen operativ zu nutzen.

Zur Realisierung wurde 1. eine fallbezogene Informationskette vorbereitet. 2. wurden eingeweihte zuständige Führungskräfte gebrieft, dass kurz nach Benachrichtigung eine in diesem Unternehmen übliche Kontrolle unterschiedlicher Arbeitsbereiche durchzuführen ist, um einen Zusammenhang zwischen Tat und Kontrollhandlung zu verschleiern.. Der Meldeweg funktionierte reibungslos, als die beiden Mitarbeiter hochwertigen, für die Produktion gewisser Produkte bestimmten, Alkohol aus einem Warenrohlager Lager entwendeten und den eingeschleusten Verdeckten Ermittler am Verzehr der gestohlenen Ware teilhaben ließen.

Bei der besagten Kontrolle wurde erwartungsgemäß nicht nur der Diebstahl festgestellt, sondern auch der arbeitsrechtlich relevante Konsum von erheblichen Mengen Alkohols.

Der Verdeckte Ermittler und die

beiden Tatverdächtigen wurden daraufhin zu persönlichen Gesprächen bestellt, in denen alle drei die Verfehlungen (Diebstahl) und Alkoholmissbrauch zugaben.

Gemeinsam mit dem Betriebsrat wurde eine Lösung beratschlagt.

Diese sah so aus, dass ein Aufhebungsvertrag durch den L. und K. unterschrieben, eine Abfindung wegen der langjährigen Betriebszugehörigkeit gezahlt und für beide ehemaligen Mitarbeiter eine Lagertätigkeit in einer im Ort ansässigen Spedition beschafft wurde.

Nach Wechsel der Arbeitsstellen hatten die für die Kontaminierung verantwortlichen Täter eine neue Arbeitsstelle ohne Einkommensverlust und die betroffene Firma registrierte in den Folgejahren keine weiteren vorsätzlichen Kontaminierungen ihrer Produkte.

Das o. g. Vorgehen, war eine der aufwendigsten Untersuchungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren. Über 350 Manntage wurden absolviert, unterschiedliche Spezialisten und Verfahren wurden eingesetzt bzw. zur Anwendung gebracht.

Der Autor, ausgebildeter Kriminalist, ist zusammen mit Frank John einer der Geschäftsführenden Gesellschafter der 1991 gegründeten DESA Investigation + Risk Protection, Berlin.

Bewertung der Fallstudie aus Sicht des Verbandes für Sicherheit in der Wirtschaft

Aus dezidiert polizeilicher-staatsanwaltschaftlicher Sicht könnte es bei der vorgenannten Fallbearbeitung vordergründige Kritikpunkte geben. Dies ist uns durchaus bewusst, denn der Fall wurde ausdrücklich ausgewählt, um eine Lage darzustellen, bei der unternehmerische und behördliche Interessen und somit betriebliche und polizeiliche Ermittler formal divergieren. Zugleich soll gegenüber den Behörden um Verständnis für unternehmenswichtige Gesichtspunkte bei der Fallbearbeitung geworben werden.

Aus der Perspektive der Strafverfolger ist es natürlich nicht richtig, dass die Tatverdächtigen für die wirklich belastende Handlung nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Allerdings muss betont werden, dass die beschriebene Verunreinigung möglicherweise weniger strafrechtliche Brisanz besessen hätte (Körperverletzung war es ja nicht!), sondern ihr vielmehr eine zivilrechtliche Bedeutung (vor allem Schadensersatz) innewohnte. Die eindeutig strafrechtliche Relevanz (Diebstahl) ist dagegen durchaus gesühnt worden. Das bestrafende und somit korrigierende Moment des Verlustes eines Arbeitsplatzes darf nicht gering eingeschätzt werden. Es wird in vielen Fällen als schmerzlicher empfunden als eine gerichtliche Geldstrafe.

Es stellt sich die Frage, was eine strafrechtliche Verurteilung angesichts der Persönlichkeitsstruktur der Tatverdächtigen bewirkt hätte. Beide waren rationalen Denkweisen nur bedingt zugänglich. Beide handelten so, weil sie innerhalb des Unternehmens vollkommen isoliert waren und stellenweise verächtlich behandelt wurden. Die Tat hatte eine Art Symbolcharakter nach der Art: „Wir mögen am unteren Ende der Hierarchie stehen, aber wir sind da und wir können etwas tun“.

Dieses, für unterprivilegierte Personenkreise typische Tatmotiv, wäre durch eine Verurteilung nicht aus der Welt gewesen. Im Gegenteil: Es hätte eine zusätzliche Dimension erhalten. Die argumentativ wenig erreichbaren Personen hätten durchaus auch von außen das Unternehmen schädigen können, so durch Kontaminierung der betreffenden Produkte im Einzelhandel. Aufgrund ihrer Tätigkeit hätten sie das relevante Know-how dafür gehabt. Und sie waren schlicht genug, um die Fortsetzung ihrer Tat mit anderen Mitteln trotz hohen Entdeckungsrisikos zu realisieren, und das mit unabsehbaren Folgen. Möglicherweise sind solche Vorhaben für den Fall X aus Berichten der eingesetzten verdeckten Ermittler bekannt geworden. Eine spektakuläre Entlassung mit keinerlei Chancen einer Neueinstellung hätte außerdem dazu geführt, dass

die, nunmehr sozial schwachen Tatverdächtigen nichts mehr zu verlieren gehabt hätten.

Es ist aber auch nicht zu übersehen, dass es seitens des Unternehmens Defizite gab. Das Gefahrenpotenzial, das aus der Isolierung und Frustrierung der Tatverdächtigen in einem produktionstechnisch keineswegs irrelevanten Arbeitsbereich resultiert, hätte erkannt und aufgearbeitet werden müssen, und zwar vor allem im Personal- und Sozialwesen sowie in der Arbeitnehmervertretung. Sollten solche Defizite, die theoretisch in jedem Unternehmen auftreten können, auch noch nach draußen getragen werden? Zwei Negativvorfälle, nämlich Verunreinigungen und mangelnde Fürsorgepflicht, schlimmer kann es kaum kommen.

Und: Auch wenn wir uns wiederholen, Unternehmen bestehen nicht nur aus Handelsregistereinträgen und Aktiennotierungen, sie bestehen aus Menschen, sind Basis von Lebens- und Familienplanungen, sind integrale Komponente einer Region. Hinter den Arbeitsplätzen stehen nicht nur die Mitarbeiter, sondern auch deren Ehepartner und Kinder. Unternehmerisches Denken muss deshalb auf ganzheitlichen Dimensionalitäten beruhen und ist im Regelfall nicht allein auf einen Aspekt reduzierbar. So wichtig dieser Aspekt auch in der Einzelbetrachtung sein mag.

Noch einmal: Kein Unternehmen kann sich sehenden Auges in das wirtschaftliche Aus manövrieren lassen, damit ein „kleiner Fisch“ Justitias Flügelschlag verspürt. Oder aber nur einen Windhauch davon (Tagessätze) bzw. freigesprochen

wird. Im beschriebenen Fall hätten Imageverluste und Umsatzrückgänge im zweistelligen Prozentbereich zu katastrophalen Folgen geführt. Für alle, selbst für die Täter. Die betrieblichen Ermittlungsorganisationen wollen Kooperation, keine

Konfrontation.

Niemand will Gegenpositionen zu Strafverfolgern und Justiz aufbauen. Es geht einzig und allein um gegenseitiges Verständnis. Verhärtete Fronten dagegen sind allemal kontraproduktiv. K H Glitza

Scientology: Gefährlicher denn je- und im besonderen Fokus steht immer noch die Wirtschaft

Um die Sekte war es lange ruhig, doch jetzt droht neue Offensive

Scientology? Moment, was war das noch einmal? Viele Menschen stellen ernsthaft diese Frage, denn die obskure Sekte war bis vor kurzem dem öffentlichen Bewusstsein fast gänzlich entrückt. Einst, in den Neunzigern, von wahren Flächenbombardements der Medien geschüttelt, hatte die Mächtetern-Kirche in der jüngsten Vergangenheit allenfalls einzelne Tischfeuerwerke zu ertragen. Doch das erlahmende Interesse von Presse, Funk und Fernsehen ist keineswegs mit einer schwindenden Bedeutung der Scientologen gleichzusetzen. Ganz im Gegenteil: die religiös getarnte Organisation ist gefährlicher denn je- und im besonderen Fokus steht nach wie vor die Wirtschaft.

Der Trubel um den Stauffenberg-Film und seinen Hauptdarsteller hat den Namen der Sekte, gewis-

sermaßen von 0 auf 100, in die Schlagzeilen zurückkatapultiert. Nahezu zeitgleich berichteten die Medien über den Versuch der Sekte, die seit 1997 angeordnete nachrichtendienstliche Beobachtung juristisch untersagen zu lassen. Vergeblich, denn das im zweiten Rechtszug angerufene Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen in Münster bekräftigte, dass es tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungswidrige Ziele gebe. Und damit klassische Gründe, die selbst ernannte Kirche auch weiterhin genauestens im Auge zu behalten. Doch: „Scientology is back“, was die Medien anging.

Kenner der Sekte glauben nicht an Zufälle und sprechen von gezielten PR-Operationen. Plausibel wäre das, denn es besteht kein Zweifel, dass in der Scientology-Zentrale wenig Freude an der schleppen-

den Entwicklung in Deutschland herrscht. Trotz eines Riesenaufwandes werden nach Angaben der Sicherheitsbehörden bislang knapp 6.000 Mitglieder gezählt. Laut der „Church of Scientology“, nach deren Selbstverständnis es mehrere Formen der Wahrheit gibt, sind es natürlich mehr.

Ohne Zweifel: Es steht eine neue Offensive bevor, um Mitgliederzahlen zu erhöhen und mehr Einfluss zu gewinnen. „Aufaktveranstaltung“ war die Nachricht von der so genannten Zentrale in Berlin (die aber gar keine ist, weil die deutschen Scientologen von Kopenhagen aus gesteuert werden). Selbst staatlich besoldete Scientology-Experten wie die Hamburger Verwaltungsangestellte Ursula Caberta ließen sich offenbar von der Sekte täuschen und rückten mit heftig